

Nach 70 Jahren ein Umbruch?

Neue Kriege, alte, wiedererstarkende Kräfte, neue Probleme stellen die alte, nach dem zweiten Weltkrieg entstandene Friedens- und Verteidigungspolitik vor neue Aufgaben. Die Friedens- und Verteidigungspolitik ist im Umbruch, die NATO verliert an Macht, neue Konstitutionen wie die GSVP der EU werden mächtiger. Aber warum ist das so? Warum scheitern die alten Kräfte an den modernen Konflikten wie dem Syrienkrieg und wie könnte eine zukünftige internationale Friedens- und Verteidigungspolitik aussehen?

Der Krieg in Syrien tobt seit über 7 Jahren, mehr als 400000 Menschen starben bereits in ihm. Der einstige Bürgerkrieg zwischen dem Regime Assads und Rebellengruppen ist zum internationalen Krieg auf syrischem Boden herangewachsen. Ein Machtkampf zwischen Russland, Türkei, Iran und der USA soll über die Vorherrschaft im nahen Osten entscheiden, das syrische Volk ist zum Spielball der Mächte geworden. Der Konflikt ist kaum zu überschauen, er wird von lokalen, nationalen und internationalen Interessen bestimmt. Internationale Friedens- und Verteidigungsorganisationen werden durch die verschiedenen Ziele ihrer Mitglieder ausgebremst, Beschlüsse zum Eingreifen unmöglich gemacht. Ein Krieg, durch Fremdeinmischung international gemacht, kann von den Institutionen, die zur Lösung internationaler Konflikte geschaffen wurden, nicht gelöst werden. Der UN-Sicherheitsrat leistet keine Beschlüsse, die NATO kann aufgrund unterschiedlicher Interessen der USA und Europas nicht eingreifen. Dabei haben alle Konfliktparteien das Ziel, Frieden zu schließen.

Trotzdem sterben Menschen, es regnet Fassbomben, Raketen zerstören die letzten intakten Bauten. Der Krieg nimmt kein Ende. Zugleich wird das protektionistische, rassistische Gedankengut in nahezu allen westlichen Ländern stärker: Die AfD in Deutschland, Orban in Ungarn, Donald Trump in den USA, Bolsonaro in Brasilien. Immer mehr Länder weigern sich, bei internationalen Konflikten friedliche Lösungen zu finden, Flüchtlinge aufzunehmen, Andere zu tolerieren. Solange die Nation keinen direkten, kurzfristigen Vorteil erhält, werden die Hilfeleistungen beschränkt: Die USA wollen ihre Truppen aus Syrien abziehen, Italien keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, Assad Wiederkehrer bestrafen.

Die alten Bündnisse, erschaffen, um einen weiteren globalen Krieg zu verhindern, funktionieren nicht mehr effizient in einem Krieg, der zum Einen international und zum Anderen auch national ist. Somit müssen sie reformiert werden, wenn sie nicht ersetzt werden sollen. Sie müssen effizienter, gerechter werden und trotzdem noch ihre alten Grundsätze wie die Menschenrechte wahren. Vor allem die UNO als Organisation, in der fast alle Staaten der Welt Mitglied sind, muss reformiert werden. Gerade sie, als größtes Bündnis der Welt, hat die Verpflichtung, gerecht und effizient zu sein. Doch wie das möglich, wenn 3 der 5 Vetoplätze westlichen Staaten gehören und Asien, der bevölkerungsreichste Kontinent, nur 2 von 10 nicht ständigen Sitze hat? Wie kann der UN-Sicherheitsrat gerecht sein, wenn Veto-Staaten jede Entscheidung abblocken können. Die UNO muss nach 7 Jahren Krieg die Möglichkeit haben, einzugreifen und nicht von staatlichen Interessen blockiert zu werden, der UN-Sicherheitsrat muss mehr als maximal 20 Prozent der Weltbevölkerung vertreten; die UNO muss für ihre eigentlichen Ziele, Frieden zu wahren und die Menschenrechte zu sichern, eintreten und sich nicht hinter endlosen Gesprächen verstecken.

Noch besteht die Möglichkeit, den seit über 10 Jahren bestehenden Reformforderungen von unterschiedlichen Seiten nachzukommen, bevor ein Alternativbündnis mit ähnlichen Funktionen wie denen des UN-Sicherheitsrats entsteht. Allerdings ist eine Reform des UN-Sicherheitsrats weiterhin unwahrscheinlich, da dies ein Machtverlust für die Vetostaaten bedeuten würde. Dieses Problem hat auch die NATO. Sie war einst für die Verteidigungspolitik von nahezu ganz Europa zuständig, wobei auch die USA Mitglied war. Als allerdings in den 1990er Jahren Krieg in Europa ausbrach, erschuf die EU die GSVP, um sowohl der EU als auch ganz Europa verteidigungspolitisches Profil zu geben. Allerdings wird die GSVP durch die langwierigen Beschlüsse der NATO weiter ausgebaut, sodass Europa immer unabhängiger von der NATO wird. Noch agiert die GSVP vor allem in zivilen Missionen, weshalb sie nicht konsequent in den Syrienkonflikt eingreift, allerdings bestünde die Möglichkeit einer militärischen Intervention in der Zukunft, da sich auch wenige EU-Mitgliedsstaaten bei gleichem Interesse zu einer Militärkooperation zusammenschließen können.

Auch wenn die großen Bündnisse wie die UNO oder die NATO am Syrienkonflikt scheitern, gibt es Hoffnung durch neue Bündnisse, welche die alten langsam ablösen könnten. Die alte Friedens- und Verteidigungspolitik verliert an Bedeutung, ein Umbruch naht. Allerdings stellt sich die Frage, ob die neue Politik so lange halten wird, wie die alte.

Armin Neumann